

Politisch Einfluss nehmen
und gestalten

Europa, deine Wahl

Hans-Gert Pöttering

Die Einheit Europas, so drückte es der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, aus, „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist, meine Damen und Herren, notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig schöpferische Völkergemeinschaft.“ Dieser Satz hat bis heute nichts von seiner Gültigkeit verloren. Zu fragen ist gleichwohl, wie dieser Satz Konrad Adenauers von 1954 heute mit Leben erfüllt wird.

Wenn vom 4. bis 7. Juni 375 Millionen wahlberechtigte Europäerinnen und Europäer aufgerufen sind, in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen, dann geht auch jener Wunsch in Erfüllung, der Konrad Adenauer und seine Generation damals angespornt hat, die Trümmer und Gräben nach den beiden Weltkriegen zu beseitigen und eine neue, nie da gewesene Friedensordnung zu errichten.

Im Juni geben die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimme die politische Richtung des Europäischen Parlaments bis zum Jahr 2014 vor. Deswegen ist es genauso wichtig, bei der Europawahl wählen zu gehen wie bei einer Bundestags- oder einer Landtagswahl. Denn während zu viele Wählerinnen und Wähler immer noch glauben, dass das Europäische Parlament nicht viel zu entscheiden habe, sieht die politische Wirklichkeit ganz anders aus. Bereits heute entscheiden das

Europäische Parlament und der Ministerrat gleichberechtigt in 75 Prozent der Bereiche der europäischen Gesetzgebung. Mit dem Vertrag von Lissabon, von dem wir hoffen, dass er nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten und einem hoffentlich positiven Referendum in Irland im Herbst dieses Jahres angenommen und dann rasch in Kraft gesetzt werden kann, würde sich dies sogar auf nahezu hundert Prozent der Gesetzgebung ausdehnen. Und diese Entscheidungen gehen uns alle an, denn sie betreffen so wichtige Fragen wie den Umwelt- und Klimaschutz, die Stärkung der Verbraucherrechte oder die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Von einem einheitlichen Ladegerät für alle Handygeräte über die Senkung der Roaminggebühren für Auslandsgespräche mit dem Mobiltelefon, von mehr Sicherheit auf unseren Transportwegen bis zu Rückerstattungsbeträgen bei Reiseverspätungen reicht die politische Agenda. Aber das Europäische Parlament beschließt nicht nur über die rechtlichen Rahmenbedingungen mit, es ist auch Haushaltsbehörde. Als Haushaltsbehörde entscheidet das Parlament mit dem Ministerrat über rund 120 Milliarden Euro Jahresbudget der Europäischen Union und kann auf diesem Weg Einfluss auf viele Politikbereiche der Europäischen Union nehmen, so zum Beispiel auch die Außenpolitik.

Schon 2004 konnte sich das Parlament mit der Forderung durchsetzen, dass die politische Orientierung des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahl

zum Europäischen Parlament widerspiegeln sollte. Das wird auch bei der Wahl des neuen Kommissionspräsidenten nach der Europawahl wieder so sein. Nach einem Sieg der Europäischen Volkspartei (EVP) und ihrer Partner soll José Manuel Durão Barroso seine erfolgreiche Arbeit als Kommissionspräsident fortsetzen können. Ein Sieg der CDU/CSU bei der Europawahl muss sich darüber hinaus in einem von der CDU zu stellenden deutschen Kommissar niederschlagen.

Mit dem Reformvertrag wird dieser grundlegende Anspruch eines demokratisch gewählten Parlaments auch rechtswirksam: nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon werden die Staats- und Regierungschefs künftig bei der Nominierung eines Kandidaten für die Wahl des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament berücksichtigen müssen. Nach dem Reformvertrag wählt das Europäische Parlament den Präsidenten der Kommission und erteilt in einer weiteren Abstimmung der Gesamtkommission das Vertrauen oder verweigert es. Die Rechte des Europäischen Parlaments bei der Berufung der Kommission sind damit umfassender als die des Deutschen Bundestages, der den Bundeskanzler wählt, aber nicht der Bundesregierung insgesamt das Vertrauen erteilt.

Die Bewältigung der Finanzkrise, gemeinsam mit den europäischen Partnern, bleibt eine politische Priorität. Kein einzelner Staat in Europa wäre heute allein in der Lage, die Finanzkrise zu bewältigen. Die Europäische Union mit der gemeinsamen Währung, dem Euro und der Sozialen Marktwirtschaft hat den Schock der Krise für die Bürgerinnen und Bürger zumindest gedämpft. Mit dem Vertrag von Lissabon wird der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft im Vertrag verankert. Die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft ist Teil des europäischen Gesellschafts- und Erfolgsmodells, das uns von den meis-

ten anderen Ländern außerhalb Europas unterscheidet. Es macht unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand aus. Heute, in einer globalisierten Welt, hilft uns dieses Modell, Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Eine starke Europäische Union mit einer gesunden Wirtschaftsentwicklung und einem stabilen Euro sind die besten Garantien für unsere gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union. Auch die Sicherung unseres Energiebedarfs und der Klimaschutz sind prioritäre Herausforderungen für die Zukunft. Wir sind bei der Erfüllung dieser Aufgaben besonders den zukünftigen Generationen verpflichtet.

Das Europäische Parlament steht für die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte: die Wahrung der Würde und Rechte eines jeden Menschen, Demokratie und Recht. Wir verteidigen diese Werte überall auf der Welt, sie sind der Kompass unseres politischen Handelns. Auch hierfür braucht das Parlament eine große Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger – jede Stimme ist hierzu ein Beitrag.

Europäisches Bewusstsein

In Gesprächen mit Wählerinnen und Wählern wird ganz deutlich, dass das Interesse für die Politik der Europäischen Union auch heute ungebrochen ist. Allerdings wird immer wieder gesagt, dass es zu wenige Informationen über die Europäische Union und ihre Arbeit gibt. Die eben aufgezählten Kompetenzen des Europäischen Parlaments scheinen vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst zu sein. Dieses Informationsdefizit wird auch immer wieder in den jährlich wiederkehrenden Ergebnissen bei den EUROSTAT-Umfragen bestätigt. Dieses Problem müssen wir sehr ernst nehmen, denn wer nicht informiert ist, dem fällt es schwer, politische Entscheidungen zu treffen. Deswegen haben die Vertreter der Nein-Kampagne in dem Referendum in Irland auch mit dem Slogan geworben: „If

you don't know vote no.“ Eine zweite Referendumskampagne in Irland muss daher voll und ganz auf bessere Information der Bürgerinnen und Bürger setzen.

Es stellt sich natürlich die Frage, worin dieses Informationsdefizit mit begründet ist, denn tatsächlich bemühen sich alle europäischen Institutionen auf vielfältige Weise, die Öffentlichkeit zu informieren, sei es über direkte Informationsangebote an die Medien, über öffentliche Veranstaltungen oder Besucherprogramme. Ein wichtiger Grund ist zweifellos das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, die dieses Informationsdefizit abbauen helfen könnte. So wird die Europaberichterstattung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union durch nationale Medien vermittelt. Und was für die europäischen Politiker gilt, gilt auch für die europäischen Korrespondenten, die aus Brüssel und Straßburg berichten. Sie müssen ihre Berichte immer in Konkurrenz zu nationalen Ereignissen platzieren und haben dabei oft das Nachsehen. Bedauerlich ist auch, dass bei Fernsehsendungen und Talkrunden zu Themen, die auch eine europäische Perspektive haben, beispielsweise Fragen der Migration, der Finanzkrise, des Binnenmarktes oder der Sicherheit, ausschließlich Politiker der nationalen Ebene eingeladen werden, um über diese Themen miteinander zu diskutieren. Es wäre wünschenswert, dass zu solchen Fragen auch Europapolitiker eingeladen werden, die eine europäische Sicht dieser Fragen vermitteln können. Das führt dazu, dass diesen Diskussionsrunden leider oft eine umfassende Sachkenntnis über europäische Politik fehlt. Wie schwer es ist, ohne europaweite Medienunterstützung europäische Demokratie zu erklären, ist offensichtlich. Die Unterstützung der nationalen Politiker, der Regierungen und nationalen Abgeordneten für die wichtigen Anliegen der Europäischen Union ist daher unerlässlich, um europäischen Fragen in

der Berichterstattung der Mitgliedstaaten größere Beachtung zu geben.

Auftakt zur Bundestagswahl

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber auch aus einer nationalen Perspektive eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, wenn sie als Auftaktwahl und damit Testwahl zu nationalen Wahlen funktionieren. Deutschland kann hier als Beispiel herangezogen werden. Nur sechzehn Wochen nach den Wahlen zum Europäischen Parlament finden 2009 die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Die Bundestagswahl gilt traditionell als Höhepunkt im deutschen Wahlkalender. Dieser ist mit der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai und elf Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2009 gefüllt und verspricht spannend zu werden. Eine erfolgreiche Europawahl ist daher der beste Auftakt für ein erfolgreiches Abschneiden bei den Bundestags- sowie den Landtags- und Kommunalwahlen.

Dabei spielt für die CDU die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft eine wichtige Rolle. Die CDU versteht sich als die deutsche Europapartei, und ihre Wählerinnen und Wähler stehen der Europäischen Union und dem europäischen Einigungsprozess grundsätzlich positiv gegenüber. Dies wird sich aber nur dann in einem erfolgreichen Ergebnis wiederfinden, wenn diese Wählerinnen und Wähler auch tatsächlich ihre Stimme abgeben. Der Wählermobilisierung kommt daher eine wichtige Aufgabe zu, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 in Deutschland von 65,7 Prozent auf 43 Prozent im Jahr 2004 zurückgegangen ist. Zwar hat die Union mit einem Wahlergebnis im Jahr 2004 von 44,5 Prozent im Vergleich zu unserem wichtigsten politischen Mitbewerber, der SPD, die 21,5 Prozent erzielte, sehr gut abgeschnitten, aber wir müssen darum kämpfen, dass dieses Ergebnis 2009

mindestens erhalten bleibt oder sich noch verbessert.

Leitbild in der Krise

Die Wirtschafts- und Finanzkrise vertieft sich, und sie wirkt nun auch in den Alltag vieler Menschen hinein. In diesem Kontext ist die Versuchung mancher Staaten nach mehr Protektionismus und wirtschaftlichem Nationalismus zu sehen. Gerade für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft bleibt der ungehinderte Zugang zum Europäischen Binnenmarkt sowie zu den Weltmärkten von großer Bedeutung. Wie die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf die schlimmste Krise der Nachkriegszeit reagieren, steht zu Recht im Zentrum der Debatte vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Denn die vorhandenen Unterschiede betreffen Grundsatzfragen unserer Zukunft, des menschlichen Zusammenlebens und der Wirtschaftsordnung. Es geht im Kern um Freiheit in Verantwortung gegenüber staatlicher allumfassender Bevormundung. Wir sollten die Wählerinnen und Wähler daran erinnern, dass der Euro, den Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Weigel gegen große Widerstände durchgesetzt haben, heute unser wichtigster Stabilitätsanker ist, dem wir inmitten der Krise viel verdanken. Der Euro ist eben keine „kränkelnde Missgeburt“, wie es der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal ausdrückte, sondern heute eine auch weltweit akzeptierte Weltreservewährung. Seine Anziehungskraft ist in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise selbst in bisher eher „Euro“-skeptischen Ländern wie Dänemark, Schweden und sogar Großbritannien gestiegen. Unsere Wählerinnen und Wähler können sich allerdings darauf verlassen, dass auch bei einer Erweiterung der Euro-Währungszone die dauerhafte Einhaltung der Konvergenzkriterien von Maastricht für uns eine wesentliche Voraussetzung bleibt. Denn Wachstum und Stabi-

lität gehören immer zusammen. Darüber hinaus müssen wir darauf achten, dass sich in der Krise nicht jene Stimmen durchsetzen, die den Umbau unserer Wirtschaftsordnung hin zu mehr Planwirtschaft und staatlicher Bevormundung nutzen wollen. Das ist nicht unser Weg. Wir stehen für ein Europa, das den Menschen vertraut und den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Wir sollten gerade jetzt, inmitten der Finanz- und Wirtschaftskrise, stärker hervorheben, dass wir weder an den Kapitalismus noch an die Planwirtschaft glauben. Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft, in der Freiheit durch eine soziale Wirtschaftsordnung in den richtigen Bahnen gehalten wird, denn Freiheit braucht immer auch Ordnung. Das Prinzip des Marktes ist eben nicht mit der Zügellosigkeit unregulierter Märkte gleichzusetzen. Wir brauchen im Hinblick auf Banken und Finanzen bessere Regeln, mehr Transparenz und eine nachhaltige Aufsicht, eine Ordnungspolitik im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft! Wichtig bleibt in der Krise auch unser Umgang mit den Staatsschulden. Wir verteidigen den Europäischen Stabilitätspakt. Eine immer weiter ausufernde Ausgabenpolitik erhöht die Defizite und bürdet unseren Kindern und Enkelkindern Schulden auf, die diese in ihrem Handlungs- und Gestaltungsspielraum unverantwortlich einschränken. Eine Politik des lockeren Geldes entspricht nicht unserem Leitbild.

Neben einem Europa mit soliden Finanzen treten wir auch in der Frage der Grenzen der Europäischen Union für Solidarität und Stabilität ein. Wir sagen, dass wir vor künftigen Erweiterungen der Europäischen Union, mit Ausnahme Kroatiens, mit dem die Verhandlungen weit fortgeschritten sind, für eine Politik der Konsolidierung und Festigung der Identität der Institutionen und der Europäischen Union einstehen. Und wir lehnen eine Europäische Union mit einer ge-

meinsamen Grenze zu Syrien, dem Irak und Iran ab. Mit der Türkei erstreben wir daher eine privilegierte Partnerschaft. Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein, heißt es deshalb zu Recht in unserem Wahlprogramm. Die Frage, die sich uns stellt, heißt nicht, ob wir mit oder ohne Europäische Union leben wollen. Die Frage ist: Können wir es uns erlauben, in der Welt von heute und von morgen mit einer schwachen Europäischen Union zu leben? Nutzt es nicht uns allen, die wir in der Europäischen Union leben, wenn diese stark ist, geschlossen auftritt und gemeinsame Werte und Interessen vertritt – nach innen wie nach außen? Wir alle, in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, profitieren von dem Mehrwert, den die Europäische Union für unsere Gesellschaften und Staaten bewirkt. Die großen Herausforderungen der vergangenen Monate liefern dafür das überzeugende Anschauungsmaterial.

Wenn wir aber die Europäische Union im medialen und zu oft auch nationalen politischen Diskurs betrachten, dann werden Europa, die Europäische Union und ganz allgemein „Brüssel“ zum Sündenbock für unangenehme Entscheidungen gemacht, die auch die nationalen Regierungen mit zu verantworten haben. Die Kritik an der angeblich überbordenden Bürokratie überwiegt, die eigentliche historische Perspektive geht verloren. Nicht nur für den Europawahlkampf 2009, sondern allgemein für die europapolitische Debatte jetzt und in der Zukunft müssen wir aber diese historische Perspektive im Blick behalten. Nehmen wir einfach das Jahr 1979 zum Ausgangspunkt, blicken wir auf das Europa des Jahres 1979, wie sah unser damals nicht so gemeinsames Europa aus? Deutschland war geteilt, Europa war geteilt. Erst zum 3. Oktober 1990 wurde Deutschland geeint, und am 1. Mai

2004 wurden drei Nationen, die von der Sowjetunion okkupiert waren, Estland, Lettland und Litauen, Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Warschauer Paktstaaten Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn sowie Slowenien als Teil des früheren kommunistischen Jugoslawien wurden Mitglied dieser Wertegemeinschaft der Europäischen Union.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die europäische Einigung ein Werk des Friedens ist und als solches auch in Zukunft ihre tiefste Begründung findet. Über fünf Jahrzehnte haben wir die schrittweise Aussöhnung verfeindeter Völker und Staaten in Europa erlebt. Was mit der deutsch-französischen Versöhnung begann, fand seine logische Fortführung in der Vereinigung der beiden zu lange und brutal geteilten Hälften Deutschlands und Europas. Heute sind die Menschen in Europa, auf unserem Kontinent und in unserer Europäischen Union durch diese gleichen und gemeinsamen Werte verbunden, denn wir haben mit der Gründung der Europäischen Union die allerwichtigste Lehre aus der Geschichte Europas gezogen: Die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen, die Bewahrung der erworbenen Freiheit, des Friedens und der Demokratie, die Geltung des Rechts sind für uns auch heute Antriebskraft der europäischen Einigung.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind eine Richtungswahl in vielerlei Hinsicht. Im Kern geht es darum, dass CDU und CSU gemeinsam die gestaltende europäische Kraft für Deutschland bleiben. Es geht darum, um ein Wort des damaligen österreichischen Bundeskanzlers und unseres Parteifreundes Wolfgang Schüssel aufzugreifen, mit der Wahl für die Union aus CDU und CSU für „ein Europa, das schützt, und ein Europa, das nützt“, zu stimmen. Dafür lohnt es sich, gemeinsam in die vor uns liegenden Wahlkämpfe zu ziehen.